

Trump spricht Peking ins Gewissen

USA nehmen die 28 EU-Staaten vorerst von Strafzöllen aus

Von Renzo Ruf, Washington

Der amerikanische Präsident will nicht länger zuschauen, wie sich die staatlich gelenkte Wirtschaft in China auf Kosten der Amerikaner bereichert. Deshalb verkündete Donald Trump gestern, dass Washington von nun an Gegensteuer gebe. Zum einen autorisierte er die Verhängung von Strafzöllen auf chinesischen Importen in die USA, von denen – je nach Quelle – gegen 1300 Produkte im Wert von 50 Milliarden bis 60 Milliarden Dollar betroffen sein werden.

Zum andern und vielleicht noch wichtiger: Amerika will den Technologietransfer nach China einschränken, falls sich Peking nicht bereit erklärt, künftig von unfairen Handelspraktiken abzusehen und das geistige Eigentum amerikanischer Firmen besser zu schützen. Peking hat bereits Vergeltungsmassnahmen angekündigt.

Hintertür bleibt offen

Trump erfüllt damit eines seiner zentralen Wahlversprechen und baut den Heimatschutz für die amerikanische Industrie aus. Gerne und häufig erinnert er daran, dass er 2015 und 2016 viel Zeit im Herzland der USA verbracht habe und dabei immer wieder an stillgelegten Produktionsstätten vorbeigefahren sei. Und in fast jedem Fall habe sich herausgestellt, dass die Betriebe hätten schliessen müssen, weil sie von der chinesischen Konkurrenz ausgespielt worden seien.

In dieser Anekdote verbirgt sich ein Körnchen Wahrheit. Ein gutes Beispiel dafür ist die amerikanische Möbelindustrie, auch wenn in der aktuellen Debatte meist von Robotern und nicht von Nachttischen die Rede ist. In ihrem bereits 2014 erschienenen Buch «Factory Man» erzählt die Journalistin Beth Macy anhand eines Familienbetriebs aus Bassett (Virginia), wie die einst florierende Möbelindustrie über die Jahre hinweg ihren Wettbewerbsvorteil einbüsste – weil die gesamte Branche Arbeitsplätze nach Asien verlagerte und nicht zur Kenntnis nehmen wollte, dass chinesische Konkurrenten nun direkten Zugang zu Betriebsgeheimnissen hatten. Heute werden jährlich ausländische



Einlösung von Wahlversprechen. Trump unterschreibt ein Memorandum, das China zum Einlenken bringen soll. Foto Keystone

Möbel im Wert von mehr als 24 Milliarden Dollar (2017) in die USA importiert.

Trump wäre aber nicht Trump, wenn er während seiner kurzen Rede nicht auch eine Hintertüre geöffnet hätte. So sagte er, dass Amerika das Handelsdefizit mit China um 100 Milliarden Dollar pro Jahr reduzieren wolle – was gemäss offiziellen Statistiken rund einem Fünftel der aktuellen Importe entspricht. Der Präsident sagte aber auch, dass China einen grossen Beitrag dazu leisten könne, damit der Handel zwischen den beiden Volkswirtschaften ausgeglichener sei. Peking könne nämlich die lange Liste von Importzöllen auf Produkten aus den USA zusammenstreichen, damit beide Seiten mit gleich langen Spissen kämpfen. Washington sei sehr wohl bereit, in entsprechende Verhandlungen einzusteigen.

Ähnliche Töne hatte zuvor bereits der Handelsbeauftragte Robert Lighthizer angesprochen. Während eines Auf-

tritts vor einem Senatsausschuss sagte er, dass Kanada, Mexiko, der EU, Australien, Südkorea, Argentinien und Brasilien eine Galgenfrist gewährt werde und Produkte aus diesen Ländern vorerst nicht teurer würden. Diese Verhandlungen stehen zwar im Zusammenhang mit den US-Strafzöllen auf Stahl (25 Prozent) und Aluminium (10 Prozent), die in der Nacht auf heute auf Befehl von Trump in Kraft getreten sind. Aber das Muster liesse sich kopieren.

Lab und Schelte

Die amerikanische Wirtschaft reagiert nervös auf dieses zunehmend konfrontative Vorgehen der Regierung Trump. An der New Yorker Börse brach der Leitindex Dow Jones um über 720 Punkte ein. Politiker und Wirtschaftsführer spendeten dem Präsidenten aber auch Lob. So sagte Marilyn Hewson, die Konzernchefin des Rüstungsbetriebs Lockheed Martin: «Wir begrüssen dieses Vorgehen», weil

sich chinesische Betriebe nicht an die Spielregeln des Welthandels hielten. Ähnlich äusserte sich ein Sprecher des einflussreichen Industriedachverbandes AAM (Alliance for American Manufacturing). In seiner Stellungnahme betonte Scott Paul allerdings, dass die USA bei der Bekämpfung von Missbräuchen im zwischenstaatlichen Handel auf sämtliche Werkzeuge zurückgreifen müssten – dazu gehören auch Verfahren bei der Welthandelsorganisation (WTO) und administrative Schritte bei der Beschränkung von chinesischen Investitionen in den USA. Auch China ist seit 2001 Mitglied der WTO, hält sich häufig aber nicht an die Entscheidungen der Organisation.

Andere Stimmen vermissen beim Vorgehen Trumps die Koordination mit den amerikanischen Alliierten. «Die Chinesen gehen strategisch vor, und dies sollten auch die USA tun», hiess es diese Woche in einem Meinungsartikel im *Wall Street Journal*.

Mehr Handel mit Deutschland

Schweizer Exporte gestiegen

Zürich. Deutschland bleibt wichtigster Handelspartner der Schweiz. 2017 stieg der Austausch aufgrund der aufgehellten Konjunkturlage und des abgeschwächten Frankens deutlich. Die Schweiz exportierte vier Prozent mehr ins nördliche Nachbarland, wie die Handelskammer Deutschland-Schweiz mitteilt. Das waren Güter und Dienstleistungen für 41,2 Milliarden Franken. Die Importe aus Deutschland wuchsen um 7,7 Prozent auf 52,3 Milliarden Franken.

Mit einem Exportmarktanteil von 18,7 Prozent und einem Importmarktanteil von 28,2 Prozent bleibt Deutschland wichtigster Export- und Beschaffungsmarkt für die Schweiz. Die Anteile blieben im Vergleich mit dem Vorjahr nahezu unverändert. Über 50 Prozent des Handelsaustauschs umfasst Rohstoffe, Halbfabrikate und Investitionsgüter.

2017 verzeichnete die Maschinen- und Elektrobranche wieder 3,2 Prozent mehr Exporte nach Deutschland. Die Metallindustrie steigerte die Ausfuhren um 12,3 Prozent. Importiert wurden aus Deutschland vermehrt Produkte der Pharma- und Chemieindustrie (+14,5 Prozent) sowie der Metallindustrie (+10,7).

Besonders markant war der Zuwachs beim Handelsverkehr mit Bekleidung, Schuhen und Textilien – der Onlinehandel lässt grüssen. Die Bestellungen und Rücksendungen aus der Schweiz führten bei den Exporten zu einem Plus von 43,7 Prozent und bei den Importen zu einem von 21,1 Prozent. SDA

Pharma von den Weltbesten überholt

Innovationsreport CH2048 sieht in der Schweiz Defizite im digitalen Wandel

Von Patrick Griesser

Zug. Die Schweiz bleibt unter ihren Möglichkeiten. Das ist eine Erkenntnis aus dem gestern veröffentlichten CH2048-Innovationsreport der gleichnamigen Stiftung. Der erstmals aufgelegte Report hat das Ziel, als Gradmesser für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu dienen.

Ein Ansatzpunkt des Reports: Beim Vergleich der Höhe der Bruttowertschöpfung pro geleistete Arbeitsstunde im Jahr 2016 und dem Wachstum der Arbeitsplätze von 2007 bis 2016 in den vier wichtigsten Schweizer Schlüsselbranchen Pharma, Finanzsektor, ICT-Branche und Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) bewegt sich die Schweiz nicht auf dem ersten Platz, landet aber immer in der Spitzengruppe der fünf Top-Standorte. Verglichen wurde dabei mit 15 Regionen und Ländern mit minimal fünf und maximal 20 Millionen Einwohnern, die in der Digitalisierung beispielhaft oder in den Schweizer Schlüsselbranchen wichtige Konkurrenten sind, wie etwa San Francisco mit dem Silicon Valley, New York/New Jersey, Boston, Schweden, London, Baden-Württemberg oder Singapur.

Stiftungsinitiat und Vizepräsident Christoph Koellreuter sagte im Gespräch mit der *BaZ*, dass zum Beispiel die Pharmaindustrie am Standort Schweiz im Jahr 2007 unter dieser Perspektive noch die Nummer eins gewesen sei und seither auf Rang vier abgerutscht sei. «Das war schon eine Überraschung», so Christoph Koellreuter, der die kombinierte Betrachtung der Wertschöpfung pro Arbeitsstunde und

Entwicklung der Arbeitsplätze als wichtigen Indikator für Innovationserfolg bezeichnet. «Arbeitnehmer sind an guten Löhnen interessiert und wie sich die Anzahl der Arbeitsplätze entwickelt», sagt Koellreuter weiter.

Analyse am Markt

Die Pharmaindustrie ist laut Innovationsreport im Zeitraum von 2007 bis 2016 bei der in Franken gemessenen Stundenproduktivität von San Francisco, Seattle und Schweden überholt worden. Allerdings heisst es im Report auch, dass neueste, revidierte Daten darauf hindeuten, dass die Produktivität der Schweizer Pharmaindustrie bis anhin deutlich unterschätzt worden sei. Ob sich die Position der Schweiz im internationalen Vergleich auf Basis der neuen Daten tatsächlich verbessere, zeige sich erst noch, wenn für die ausländischen Vergleichsregionen aktuelle Daten vorliegen. Beim Wachstum der Arbeitsplätze rangiert die Schweizer Pharmaindustrie hinter Dänemark auf Rang zwei.

Der Innovationsreport soll künftig jährlich aufgelegt werden. Das Ziel sei es, keinen Sammelindex im Stile eines World Economic Forum oder des International Institute for Management Development (IMD) zu publizieren, sondern eine Analyse des Innovationserfolgs am Markt und den dahinter liegenden Faktoren.

Einigkeit herrscht laut Koellreuter mit den Autoren anderer Rankings darüber, dass die Schweiz bei den allgemeinen Rahmenbedingungen für Unternehmen führend ist, etwa der Verschuldung des öffentlichen Sektors, der

innovationsfreundlichen Besteuerung der mobilen Unternehmen und Hochqualifizierter sowie etwa der Lebensqualität. Allerdings mahnt er mit Blick auf die Indices von WEF und IMD: «Wenn man diesen Faktoren zu viel Gewicht gibt, folgen andere Ergebnisse», so Koellreuter.

Defizite macht der Innovationsreport in der digitalen Transformation der Wirtschaft hierzulande aus: Die digitalen Technologien seien inzwischen als Querschnittstechnologie so verbreitet, dass sie in allen Schlüsselbranchen auch ausserhalb der ICT prägend seien, um dem globalen Wettbewerbsdruck zu begegnen. «Eine Volkswirtschaft, die das nicht offensiv aufnimmt, hat ein Problem», sagt Koellreuter. Laut Innovationsreport gehört die digitale Durchdringung, also die Relevanz der ICT für die Schweizer Schlüsselindustrien gemessen an den Patenten, zu einer der Schwächen des Standortes. Auch steht die Schweiz im Vergleich der Risikokapitalaufwendungen auf Platz sechs mit grossem Abstand zu Kalifornien als Top-Region.

Die in Luzern ansässige Fondation CH2048 hielt gestern in Zug eine öffentliche Tagung ab, bei der Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Arbeitnehmerorganisationen auf Basis des CH2048-Innovationsreports über Handlungsbedarf und Reformvorschläge diskutierten.

Zentrales Anliegen der Stiftung ist eine neue Sozialpartnerschaft im digitalen Zeitalter, die unter anderem auch durch einen Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern befördert werden soll.

Novartis plant Zulassung

Medikament für MS-Patienten

Von Patrick Griesser

Basel. Novartis will in den kommenden Monaten in den USA die Zulassung für das Multiple-Sklerose-Medikament Siponimod beantragen. Ein Zulassungsantrag für die Europäische Union ist später im Jahr vorgesehen, wie das Unternehmen mitteilte. Siponimod soll bei Patienten mit sekundär-progressiver MS (SPMS) eingesetzt werden, eine Form der MS, welche bei den meisten Betroffenen auf die schubförmige MS-Erkrankung folgt. Es handelt sich laut Unternehmen um die erste Therapie, die ein wirksame Verzögerung der Behinderungszunahme bringt.

Die vollständigen Resultate der Phase-III-Studie mit über 1600 Patienten unter Leitung des Neurologen Ludwig Kappos sind in der aktuellen Ausgabe der medizinischen Zeitschrift *The Lancet* veröffentlicht. Kappos, der als Chefarzt der Neurologie am Basler Unispital arbeitet, spricht von einem Erfolg: Die Daten der durch Placebo abgesicherten Studie hätten gezeigt, dass Patienten von dem oral eingenommenen Medikament profitieren. «Die positiven Resultate haben uns überrascht. Das ist ein erster, wichtiger Schritt in die richtige Richtung», sagte Kappos der *BaZ*. Bisherige Therapieansätze seien erfolglos gewesen.

Mehr Lebensqualität

Der medizinische Nutzen: Das Risiko eines auch nach sechs Monaten bestätigten Fortschreitens der krankheitsbedingten Behinderungen sei um 26 Prozent reduziert worden, erklärt Kappos. Für einzelne Patienten habe dies bedeutet, dass sich ihr Gesundheitszustand stabilisiert habe, bei anderen Patienten sei die Krankheit auch fortgeschritten. «Das ist noch nicht der Durchbruch in dem Sinne, dass diese Form der MS gestoppt werden kann», sagt er. Die Verzögerung des Krankheitsfortschritts bedeute aber einen Gewinn an Lebensqualität für Patienten, bei denen das Medikament wirkt.

Welche Patienten besonders gut auf den Wirkstoff Siponimod ansprechen, soll weiter untersucht werden. Siponimod wirkt demnach auf das Immunsystem und schützt vor der Selbstattacke des Immunsystems; ob es einen direkten Effekt auf das zentrale Nervensystem habe, sei offen, sagt Kappos. Eine Besonderheit der Studie sei es, dass die Patienten im Mittelwert bereits seit über 15 Jahren erkrankt waren und bereits sehr eingeschränkt seien.

Über die Hälfte konnte vor Beginn der Behandlung nicht mehr alleine gehen. Der positive Effekt habe sich vor allem relativ stärker bei Patienten mit mehr Entzündungszeichen gezeigt, also bei Patienten, die in einer früheren Phase der Krankheit behandelt worden seien, sagt Kappos, der von einer guten Verträglichkeit des Medikaments spricht.

Weltweit leiden laut Kappos 2,5 Millionen Menschen an MS, in der Schweiz sind es rund 14 000 Patienten. Das Unispital Basel unterhält ein eigenes MS-Zentrum. Novartis kommt bei Schätzungen des weltweiten Umsatzes zum Schluss, dass Siponimod Blockbuster-Status erreichen könnte, also einen Umsatz von mehr als einer Milliarde Dollar pro Jahr erzielen könnte.

Zulassung für Tasigna erweitert

Gestern Abend wurde zudem bekannt, dass der Pharmakonzern für das Leukämie-Medikament Tasigna in den USA eine Zulassungserweiterung erhalten hat. Demnach darf Tasigna jetzt auch bei einer Behandlung von neu diagnostizierten Patienten mit der Krankheit Philadelphia-Chromosompositiv, chronisch myeloischer Leukämie (Ph+ CML) eingesetzt werden.

Dabei handelt es sich nach Angaben von Novartis um die Behandlung von Erst- und Zweitlinien-Pädiatriepatienten ab einem Jahr, also um Kleinkinder. Diese nun erteilte Zulassung sei die letzte in einer Reihe von Meilensteinen, die das Verständnis und die klinische Anwendung von Tasigna erweitern würden, wie das Unternehmen gestern mitteilte.